

die vom Revolutionskomitee angeblich im Namen des Pariser Nationalkomites entstanden Höscher nach dem Wahllokal ab.

Der Chef des Generalstabs, Szeptzki, begab sich sofort zum Stadtkommandanten, ging frei an der Unteroffizierskompagnie vorüber, die auf der nach dem Beratungssaal des Verwaltungskomitees führenden Treppe aufgestellt war. Hier rügte General Szeptzki, ohne auf jemanden Rücksicht zu nehmen, in scharfen Worten den Oberst Januszajts für das Hineinziehen des Militärs in politische Abenteuer. Die Verblüffung auszuhändigen, die sein unerwartetes Erscheinen bei den Versammlungen hervorrief, verließ General Szeptzki den Saal und begab sich auf den Schlossplatz, wo gerade die von Januszajts im Namen des Stadtkommandos zusammengezogenen Abteilungen vorüberzogen. General Szeptzki unterstellte diese Abteilungen sofort seinem Kommando und nachdem er das Häuserkomplex umzingelt hatte, schickte er zu Oberst Januszajts einen höheren Offizier mit der Erklärung, daß die Civilpersonen frei seien und sofort das Gebäude verlassen könnten, die Militärpersonen mit Januszajts an der Spitze dagegen verhaftet wären. Hierbei erklärte der höhere Offizier im Namen des Generals Szeptzki offiziell, daß der Chef des Stabes in die politischen Momente dieses Staatsstreiches gar nicht einbringe, er dagegen niemals erlaubt würde, daß aus Parteirüstungen das polnische Militär in Staatsstreich hineingezogen werde und aus diesem Grunde sich gegen seitig beschleben sollte.

Polnische Konsulate.

Warschau, 7. Januar. (P. D. A.)

Die Presseableitung des Ministeriums des Auswärtigen teilt mit: Dieser Tage reist als Delegierter des Ministeriums des Auswärtigen Herr Bogumił Mrodring nach Jugoslawien, Bulgarien, Albanien und Griechenland, um dort den polnischen Konsulardienst zu organisieren und Handelsbeziehungen mit diesen Staaten anzufeuern. Herr Mrodring wird zum Konsul in einem der oben erwähnten Balkanstaaten ernannt werden.

Schwere Kämpfe in Berlin.

Maschinengewehre am Brandenburger Tor.

Berlin, 8. Januar. (P. A. Z.)

Das Wiener Korrespondenzbüro meldet: Die unabhängigen Sozialisten unternahmen gestern den Versuch, Verhandlungen mit der Regierung anzuknüpfen. Dieser Versuch kam als mißlungen bezeichnet werden.

Gestern vormittag hatten sich Spartakusleute wieder in der Sieges-Allee versammelt. Bis zu Mittag war es zu keinen ernsten Vorfällen gekommen. Nachmittags kam es unter den Linden und am Brandenburger Tor neuerdings zu schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Spartakusleuten. Die Kämpfe dauern an. Am Brandenburger Tor wird aus Maschinengewehren geschossen.

Berlin, 8. Januar. (P. A. Z.)

Das Korrespondenzbüro meldet: Die Spartakusgruppe hat die Staatsdruckerei besetzt und die dort befindlichen Wälle an Papiergeleid beschlagnahmt.

„Genieße den Tag!“

Roman von Erika Niedberg.

(28. Fortsetzung.)

Unsicher, die Buchstaben fast malend, schrieb sie weiter:

„Nun müssen Sie es erfahren: Ich habe Sie geliebt, seit ich Sie keine Gewalt haben ich es erst nach der großen Unterredung, die damals Ihr Schicksal entschied.“

„Jetzt werden Sie es verstehen, wie diese eben verschlossene Stunde möglich sein könnte.“

Helga Tornild.“

Noch einmal versieh sie das Haus. Gest gleich mußte der Brief fort — Gott möchte wissen, ob sie ein paar Stunden später noch die Kraft dazu fand.

— Als sie gegen Morgen ihr Schlafzimmer betrat, hatte sich der beredete, befriedende Nachtwind gelegt — — eine trübe graue Stille lagerte über allem draußen und drinnen. — — Hans Reimer hatte die Nacht wachend verbracht.

Es war eine wundervolle Feierstimmung in ihm. Dank und Frieden.

Das herrlichste Weib in seinem Arm haltend, durfte er eine Stunde erleben, deren Glanz noch viele Tage füllen würde.

Er liebte Helga Tornild wie eine Heilige, die weiht zu reiner, hoher Tat.

Mit dem ganzen Egoismus neuerwachten Künstlerums nahm er Inspirationen von ihr, erhob sie aus der realen Welt menschlichen Liebesbedürfnisses zur Muse. . . und der Funke von Mannesleidenschaft, der jäh aufgesamt — — erlosch und die Wallung, die ihn zu heißen küßte

Deutsche Finanzpläne.

Der Staatssekretär des deutschen Reichsschäf- amtes hat die Finanzminister der Bundesstaaten auf den 10. Januar 1919 zu einer Beisprechung nach Berlin geladen. Man wird zugeben müssen, schreibt hierzu das „Berl. Tgbl.“, daß eine derartige Ausprache über die Finanzlage des Reiches und in Verbindung damit über das kürzlich bekanntgegebene Steuerprogramm der Reichsregierung, sowie über deren weitere Finanzpläne dringend notwendig ist. Dabei wird es den Chefs der Landesbehörden möglich sein, auch eigene Vorschläge über die Schaffung von Einnahmequellen für das Reich zu machen; die Konferenz wird ferner, wie wir hören, zu der sehr bedeutsamen Frage Stellung nehmen, ob nicht ein dringendes Erfordernis dazu vorliegt, bereits der Nationalversammlung selbst Finanzvorlagen zu unterbreiten, sie also nicht lediglich als Konstituante anzusehen. Damit gewinnt die Finanzministerkonferenz eine erhebliche politische Bedeutung; diese ist ihr aber auch vor allem deshalb zuzupreisen, weil das Zusammenarbeiten der einzelnen Finanzminister darum wird, daß die bundesstaatlichen Regierungen an eine Absplitterung vom Reich ernstlich nicht denken und wie wenig begründet gegenteilige Meldungen sind. Die Tagesordnung, die die Finanzministerkonferenz zu erledigen hat, ist so umfangreich, daß für die Beratungen gegebenenfalls noch der 11. Januar vorgesehen ist.

Gemeinsames Vorgehen gegen den Bolschewismus.

Berlin, 7. Januar. (P. D. A.)

Laut Mitteilung der „Roten Fahne“ verhandelte die deutsche Waffenstillstandscommission schon seit zwei Wochen in der Koalition über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Bolschewismus. Hoch beruf sich auf den Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages, welcher verlangt, daß die deutschen Truppen solange in Russland verbleiben, als es die Koalition für nötig befindet. Hoch verlangt daher, daß die deutschen Truppen den Kampf mit Russland aufnehmen. Erzberger habe erklärt, er sei bereit, die besetzten Gebiete zu verteidigen, wenn die Koalition sich daran beteilige, da der Kampf mit dem Bolschewismus ein gemeinsames Ziel der Koalition und Deutschlands sei. Eine Einigung sei aber bisher nicht erzielt worden.

Zu den Vorgängen in Posen.

Auch Thorn bedroht?

Warschau, 7. Januar. (P. A. Z.)

In einem Radiotelegramm aus Berlin heißt es: Die Polen treffen Vorbereitungen, um das Danziger Hinterland zu besiegen. Die fröhliche Lage ließe sich nur mit Waffengewalt wieder herstellen, was dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Polen gleichkäme. Die deutsche Regierung zieht an der gegenwärtigen polnischen Grenze Truppen zusammen und scheint entschlossen zu sein, mit Gewalt in die Provinz Posen einzudringen, um sich dieser wieder zu bemächtigen.

Die letzten Nachrichten zeigen, wie gut der polnische Aufstand vorbereitet worden war. Als schon alles fertig war, rissen die Polen durch Dekoration der Stadt mit den Fahnen der Koalition eine Provokation hervor. Die Truppen verlangten erst die gütliche Entfernung der Fahnen und als dies abgelehnt wurde, gingen sie selbst daran, es zu tun. — Die Besetzung Thorns durch polnische Truppen wird von Tag zu Tag erwartet. Alle Augenblick ist die Verbindung Berlins mit dem Osten unterbrochen.

Hans Reimer hat — — und sie blieb. Er war voll überquellender, unbändiger Schuf- fenslust.

Alles sollte neu werden, ganz neu und so viel schöner.

Er glaubte einen Fehler gefunden zu haben: Er hatte bisher nicht über seiner Schöpfung gleichsam auf sicherer Wacht gestanden und von dort aus des Lebens Leidenschaften in Klänge umgesetzt, sie wiedergegeben, wie der Geist sie in ihrem Ursprung gedaut, die Fantasie sie geboren hatte — nein, er hatte sich von eben diesen Leidenschaften packen, durchrütteln, zerzausen lassen wie vom Sturmwind.

Nun hatte er das Selbststerben hinter sich — und damit den Kampf — —

Träume waren jetzt in ihm. Und aus ihnen stieg die Sehnsucht empor nach Farben und Tönen von Zartheit und feiner, ruhender Schönheit.

Die Sehnsucht, kämpfende Begierde, den wirbelnden Tanz der Leidenschaften abzutun, und in der Vollendung kristallener Klarheit den feinsten Seelenchliff und seiner Töne reinsten Goldglanz zu finden.

Und also trieb es ihn — zu Helga Tornild.

Sie war nur für ihn da. Zu jeder Stunde fand er sie.

Ihre Arbeit ruhte oft tagelang, bis ihr einmal in schlafloser Nacht eine Idee auftauchte — ein Gedanke, der Leben gewann in heimlich schaffender Arbeit, vor jedem verborgen.

Wenn Reimer dann kam, standen sie sich mit Lächeln gegenüber.

Er strahlend, in Erwartung schöner, schönster

Stunden, Anbetung in den nun noch tiefer gewordenen Augen.

Lodzales.

Lodz, den 9. Januar.

Aufruf an die deutschen Frauen.

Mitbürgerinnen! Deutsche Frauen!

Zum ersten Male geschieht es wohl in unserer Stadt, daß an Euch die Forderung ergeht, den engen Kreis Eurer häuslichen Pflichten und Sorgen zu verlassen, um am öffentlichen Leben, am politischen Kampfe teilzunehmen.

Die Wahlordnung zum verfassunggebenden Landtag räumt Euch volle politische Gleichberechtigung mit den Männern ein: Ihr könnt mit vollendetem 21. Jahr nicht nur wählen, sondern auch in den Landtag, der die höchste und wirkliche Vertretung der Volksinteressen ist, gewählt werden.

In Eure Hand ist es nun gelegt, welche Vertreter in den Landtag zu wählen, daß die die Wahlberechtigung der Volksinteressen ist, gewählt werden.

Nur eine Verfassung, die auf dem Boden politischer, nationaler, bürgerlicher und religiöser Gleichberechtigung, Freiheit und Duldsamkeit steht, kann Euch zu diesem Euren Rechte verhelfen.

Deutsche Frauen! Laßt Euch deshalb durch keinen der falschen Apostel verblassen, einerlei aus welchem Lager oder Stande sie auch kommen mögen! Misstraut den Hirten, die auf Seelenfang ausgehen, und den Fischern, die im Trüben fischen.

Die Vereinigung deutscher Wähler ist die einzige Wahlpartei, an die Ihr Euch anschließen könnt und auch müßt. Werbt und stimmt für ihre Kandidatinnen! Werbt und stimmt für ihre Kandidatinnen! Werbt und stimmt für ihre Kandidatinnen! Feiert alle, die Euch nahestehen, dazu an, sich für das Programm dieser Vereinigung zu erklären, denn diese bekennst sich zur Freiheit und Gleichberechtigung, zu einer starken Staatsgewalt und zur Pflege unseres Deutschlands, zu einer staatlichen, nicht kirchlichen Schule; sie lebt dagegen jeglichen Zwang im Staate, in der Kirche, in der Schule ab.

Mitbürgerinnen! Es liegt nun an Euch, die Prüfung zu bestehen! Es liegt an Euch zu beweisen, daß Ihr auf den gleichen Rechten, auch gleiche Pflichten übernommen habt. Wir verlangen von Euch nur politische Sonnenheit und politische Rechtschaffenheit, denn unsere Ziele und Aufgaben, für die auch Ihr mit uns kämpfen sollt, sind gerecht, billig und begründet.

Wir laden Euch alle zu der am Sonntag, den 12. Januar, um 4 Uhr nachm., im großen Saale des Männergesangsvereins stattfindenden großen Frauenversammlung ein, auf der unser Programm und unsere Ziele näher besprochen werden sollen.

Wahlausschuß
der „Vereinigung deutscher Wähler“.

Deutsche Wählerversammlung.

Am morgigen Freitag, um 4 Uhr nachm., findet im Speisesaal der Stolaroffischen Fabrik (Radowastra. 26/28) eine Wahlversammlung deutscher Wählerinnen und Wähler statt. Frauen wie Männer haben Zutritt. Zur Sprache sollen folgende Punkte gelangen: Bedeutung der Wahlen für den polnischen Landtag (Sejm), die Wahlordnung, das Programm, die Agitation u. s. w. Sprechen werden die für die Landtagswahlen aufgestellten Kandidaten und auch andere Personen.

Aus der Wahlinstruktion

zur Wahlordnung für den verfassunggebenden Landtag bringen wir zur Aufklärung der Wähler folgendes:

Zur Bezeichnung der Wahlberechtigung der Personen, die sich auf dem Territorium des ehemaligen russischen Teils befinden, muß in Betracht gezogen werden, das als Bürger des Polnischen Staates gelten: a) Personen, die in den verzeichneten Wahlbezirken aller drei Gebietsteile geboren wurden und dieselben bewohnen; b) die außerhalb der Grenzen des obengenannten Territoriums geborenen Personen polnischer Nationalität; c) die an polnische Bürger verheirateten Ausländerinnen und d) die in polnischen Staatsdienst aufgenommenen Ausländer.

In Galizien und Oester.-Schlesien gelten als Bürger des Polnischen Staates; a) sämtliche Personen, die nach den bisherigen Vorchriften des Zuständigkeitsrechts zu einer der Gemeinden Galiziens oder Schlesiens besitzen; b) alle Personen polnischer Nationalität ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit, frühere Staatsangehörigkeit oder Geburtsort.

Die Staatsangehörigkeit der im Territorium des früheren preußischen Teils wählenden Personen wird durch besondere Instruktion bezeichnet werden.

Die der Miliz und Polizei angehörenden Personen nehmen an den Wahlen nicht teil, falls die Erfüllung dieser Pflichten zu ihrem eigentlichen Beruf gehören.

Als Personen, die auf gerichtlichem Wege ihrer bürgerlichen Rechte verletzt gingen, gelten: a) die durch frühere russische Gerichte zu Zwangsarbeiten oder Arrestantenrotten, oder zu Gefängnisstrafen und Verlust der Rechte, ferner zur Zellenghäft mit Verlust der Rechte verurteilt wurden, falls diese Strafen nicht für politische Verbreche ausgeübt wurden; b) die durch frühere deutsche Bezirkgerichte und Polnische Gerichte zur schweren Körperstrafe oder Besserungsanstalt verurteilt wurden (Gefängnis von 1½ bis 6 Jahren); c) die durch frühere deutsche Gerichte im früheren preußischen Teil zum Verlust der Rechte verurteilt wurden, welche im Sinne der Wahlordnung in den Landtag den Verlust des Wahlrechts nach sich zogen. Die Urteile der früheren Kriegsgerichte kommen nicht in Betracht.

Über die Wahlberechtigung in den Landtag entscheidet ausschließlich das Oberste Gericht und der Landtag, und zwar das erste über Wahlen, gegen welche Proteste erhoben werden, und der zweite über Wahlen, gegen welche keine Proteste erhoben werden.

Von den Landtagswahlen. Der nationale Arbeiter-Verein (N. A. V.) hat für den Landtag nachstehende Abgeordnetenkandidaturen aufgestellt: Lodz-Stadt: Valentyn Michalak und Ludwik Wasylkiewicz; Lodz-Land: Stanisław Lewy (Bauer), Mieczysław Tomczak (Arbeiter), Kazimierz Stempien (Bauer), und Dr. Bolesław Jicha. Im gleichen Lodz hat der N. A. V. mit der Vereinigten Volkspartei (S. L.), Gruppe Wyżyskowscy, ein Kompromiß geschlossen.

Mit Genehmigung der Hauptwahlkommission für den Stadtbezirk Lodz gibt der Magistrat folgende Ergänzungen und Veränderungen der Bekanntmachung über die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke und über die Amtsbezirke der Ortskommission bekannt: der Bezirk 72 umfaßt noch den Bahnhof Lodz-Kalisz; der Bezirk 128 außer der Lipowska 76–93 und der Wilczanstraße 62–96 noch Panskastr. 88 (nicht 74)–113; der Bezirk 188 umfaßt die Juliusstr. von 3–44 (nicht 34) und die Jagiellońskastr., wie bekanntgegeben. Der Bezirk 90 umfaßt anstelle der Targowista bis zum Eisenbahngelände und dem Hause Nr. 105 die Targowista, bis zum Eisenbahngelände bis zum Hause

Sie ein wenig blaß, ein wenig unwahr unter dem Zwang, nie in Wort und Gebede die Schranken der Freundschaft zu streifen.

Sie sprachen nicht viel und immer mit verholter Stimme.

Die Lampen brannten in stiller, roter Glut unter ihren Schleieren.

Leise knisterte das Feuer.

Vom Flügel her zogen Töne, wechselnd, suchend, bis sie zu Melodien wurden.

Helga rückte ihren Stuhl so, daß sie aus der Dämmerung ihres Raumes sein Profil sehen konnte.

Träume umspannen sie! Träume so schmerzlich süß, so demütigreich — die die Lust mit Weben füllten und das Erwachen mit scheuer Besangenheit — Träume, tief verborgen — und sein Werk als Begleitmusik.

Er brachte alles zu ihr. Jeden Ton mußte sie miterleben. . . Und er nahm alles von ihr. Alle Kraft, alle Begeisterung. Er fühlte in seinem Schöpfungswunsch nur sich und sein Werk.

Helga war ihm nötig wie der Atem, wie der Ton, der ihn beschwingte. Er entkleidete sie rücksichtslos ihres Weibtums und erhob sie zur Göttin — denn irdische Liebe konnte ihm jetzt nichts sein.

Manchmal wollte Helga die Kraft verlassen.

Sie war drau und dran, den Thron zu zertrümmern, auf den seine Künstlerschaft sie gleich einem Götterbild gestellt — ihm ins Gesicht zu rufen:

„Hier bin ich! Das einfache, liebeheischende Weib!“

Fortsetzung folgt.

Deutsche Wähler!

Es ist Eure Pflicht festzustellen, ob Ihr in die Wählerlisten eingetragen seid! Es eile daher jeder zu der Wahlkommission, zu der sein Haus gehört. Die Adressen der Wahlbüros sind durch Maueranschläge bekannt gemacht. Nach dem 12. d. M. werden keine Reklamationen mehr angenommen.

Ar. 5. Die Lokale der Ortskommissionen wurden wie folgt verlegt: für die Bezirke 7, 8 und 9 von der Bojerstr. 70 nach der Bojerstr. 64 (Radog, Leib- und Sparkassen-Gesellschaft), die Bezirke 15, 16, 17 und 18 von der Neisterstr. 11 nach der Ecke Reiter und Aleksandrowskstr., die Bezirke 9 und 99 vom Targowoy Rynek 4 nach der Nowo-Targowa 18 (früher 19), die Bezirke 10, 106, 107, 108, 109, 110 und 111 von der Sienkiewicstr. 11 nach der Sienkiewicstr. 31 (Leib- und Sparkassen-Gesellschaft), der Bezirk 134 von der Rofisjanskstr. 27 nach der Widzewjanskstr. 50. Die wahlberechtigten Lodzer Einwohner haben sich davon zu überzeugen, ob sie in die Wählerlisten eingetragen sind. Ist dies nicht der Fall, so haben sie bei der Bezirkswahlkommission dagegen Einspruch zu erheben. Solche Einsprüche werden nur bis zum 12. Januar berücksichtigt.

In der vorigestrigen Sitzung des jüdischen Zentral-Wahlkomitees wurde die Kandidatenliste für die Landtagswahlen aufgestellt. Die Liste enthält folgende Namen: Dr. Braude, Dr. Rosenblatt, Rabbiner Dr. Shor (Kratau), Professor Bromberg, Dr. S. Ulrich, Krautauer, S. Ruh und Josef Lewi.

Gottesdienst für Lemberg. Am Freitag findet in der St. Stanislaus Koska-Kirche eine vom Prälaten Tymieniecki geleitete Messe für die Verteidiger von Lemberg statt.

Getreide für Lodz. Am Dienstag fand die staatliche Landesgetreidezentrale dem Lodzer Brot- und Mehlsortierungskomitee 19 Waggon Roggen.

Von der Schulinspektion. Die Auszahlung der Staatszulagen für 5jährigen Dienst der Lehrer der städtischen Schulen wird im Büro der Inspektion am Freitag, Sonnabend, Montag und Dienstag von 4 Uhr nachmittags ab in folgender Ordnung stattfinden: am Freitag die polnischen Schulen Nr. 1 bis 36, am Sonnabend Nr. 37 bis 72, am Montag die jüdischen und am Dienstag die deutschen Schulen.

Am Freitag um 4½ Uhr nachmittags findet eine Sitzung der Schuldeputation mit folgender Tagesordnung statt: Schulbudget für 1919/20 und laufende Angelegenheiten.

Infolge der Unmöglichkeit des Unterrichts in Schulen, in welchen Wahlbüros eröffnet wurden, hat die Schuldeputation im Einvernehmen mit dem Magistrat beschlossen, den Schulinspektor zu ersuchen, die Schließung dieser Schulabteilungen bis Sonnabend einschließlich zu verauflaufen. Wie wir hören, ist die Zustimmung des Schulinspektors hierzu bereits erfolgt.

Für deutsche Kriegerfrauen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute der letzte Tag der Auszahlung von Unterstützungen an deutsche Kriegerfrauen ist. Die Auszahlung findet durch den Vertreter des schweizerischen Konsulats in der Jeloninastraße 82 statt. Alle Frauen, die das Geld für Dezember noch nicht erhalten haben, wollen sich heute melden.

Wirtschaftlicher Terror. Die Arbeiter wandten in nachstehenden Fällen Terror an: in der Fabrik Feigenbaum (Petritauer Straße 37), Królowy Rynek (Petritauer Str. 55), Biegelberg (Zachodniastr. 59), L. Töpfer (Mühlstr. 60), Mais, wo 400 Arbeiter den Versuch machten den Vater des Fabrikanten festzunehmen; im Kontor Schmulewicz versuchten Arbeiter die Fabrikanten Briger und Kainer zu verhaften; der Versuch wurde gemacht, den Verwalter der Fabrik Eisenbraun festzunehmen; Schöps (Kruckstr. Nr. 2), Hüsler (Widzewjanskstr. 234), Notschild (Petritauer Str. 121), wo die Arbeiterin Kintaskiewicz wegen Bekleidung der Polizei und der Arbeiter Korochom wegen Aufforderung zur Entwaffnung der Polizei von dieser verhaftet wurden.

Bitt um Schutz. Wie wir erfahren, sind die Herren Deurmunt und Töpfer als Vertreter der in Lodz ansässigen französischen Unternehmer bei dem Lodzer Volkskommissar, Herrn Rzewski, um Schutz ihrer Unternehmen vorstellig geworden.

Militär-Kasernen. Der Magistrat erhielt den Auftrag, unverzüglich entsprechende Räumlichkeiten für Militärpersönlichen vorzubereiten.

Neue Miliz. Das Volkskommissariat erhält den Auftrag des Ministeriums des Innern zur Organisierung einer besonderen Miliz zur Bekämpfung des Kettenhandels, der Sabotage und der Anarchie.

Deutsche geheime Dokumente. Das Lodzer Volkskommissariat wird demnächst mit der Veröffentlichung in seine Hand geratene geheimer Dokumente beginnen, die Eigentum der deutschen Feldpolizei in Lodz waren. Jedes in Lodz erichtete neue geheime politische Flugblatt wurde unverzüglich überfertigt und dem Geh. Innenminister der deutschen Behörden zugesandt. Die Lodzer Presse wurde genau studiert und bemerkenswerte Nachrichten mit Umlaufungen verbreitet. Jeder solcher Zeitungsauflösungen wurde dem Polizeipräsidium zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Volkskommissar, Herr Rzewski, hat eine Reihe von polnischen Rapporten dem Arbeiterrat zur Kenntnisnahme überlandt.

Der Ausstand unserer Zeitungsausträger ist beigelegt. Es ist uns gelungen, eine Einigung mit ihnen zu erzielen, so daß von jetzt ab in der Zusammensetzung der "Lodzer Freien Presse" hoffentlich keine Unterbrechung mehr eintreten wird.

Personliches. Der aus Perm eingetroffene ehemalige Bezirksrichter Piotr Orlowski wurde vom Justizministerium zum Bezirksrichter in Lodz ernannt. Bezirksrichter Orlowski hat sein Amt bereits angelitten.

Neue Briefmarken. Die polnische Hauptpostverwaltung hat neue Briefmarken-Provisorien herausgegeben. Die deutschen 5-, 10-, 20-, 40- und 60-Pfg.-Aufdruck-Postwertzeichen wurden entsprechend bedruckt, außerdem wurden die 7½-Pfg.-Briefmarken in 25-Pfg.-Marken umgewandelt.

Ferner sind neue Postkarten-Provisorien im Verkehr erschienen und zwar 15 Pfg. auf 7½ Pfg. orange General-Gouvernement

kontrolliert wurden 385 Läden, wobei 38 Protokolle aufgenommen und 112 Gewichte und 12 Raummaße eingezogen wurden.

Im Hause Aleksandrowskstraße 48 wurde in der Wohnung des Moles Djandzjarski eine geheime Delmühle geschlossen. — In der Wohnung des Israel Gancarz und des Israel Weinberg (Aleksandrowskstr. 25) wurde eine geheime Zigarettfabrik entdeckt, in der Zigaretten der Firmen "Noblesse" und "Union" hergestellt wurden. Weinberg wurde verhaftet.

dermann mit Ida Kunert; beerdigte: 2 Kinder und folgende 3 erwachsene Personen: 1) Anna Rosine Geller, geb. Mittel, 71 Jahre, 2) Samuel Klem, 51 Jahre, 3) Rosalie Bielfeld, geb. Hänschke, 42 Jahre.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Warschau, 8. Januar. (P. A. T.) Bericht des Generalstabes des polnischen Heeres vom 8. Januar:

In Ostgalizien haben unsere Truppen angesichts der überwiegenden ukrainischen Kräfte, die von den Deutschen, Österreichern und Ungarn mit reichem Kriegsmaterial versehen werden, sich bisher defensiv verhalten. Die Fortschritte in der Organisation unserer Heeresmacht haben die Verlegung größerer Kräfte auf diesen Kriegsschauplatz ermöglicht. Die Oberste Heeresleitung, die am 5. Januar die Leitung der Operationen übernahm, ordnete den Übergang zur Offensive an. Am 7. Januar in der Morgen-dämmerung durchbrachen Abteilungen der Heeresgruppe Bug die stark befestigte ukrainische Stellung südlich und südöstlich von Rawna Ruska. Domrowka, Starawies und Bilutyn wurden im Sturm genommen, wobei der Panzerzug "Odwet" mitwirkte. Es wurden Gefangene gemacht, ein Maschinengewehr und Kriegsmaterial erbeutet. Um 2 Uhr nachmittags überschritten die erwähnten Abteilungen das Flüsschen Woszajona zwischen Moszczana und Brzezina und rückten in Richtung Zolkiem vor. Nördlich von Rawna Ruska bei Machnow waren wir die Ukrainer in östlicher Richtung zurück. Am Morgen des 8. Januar griffen die in der Richtung auf Grubieszow kämpfenden Abteilungen der Heeresgruppe Bug den Feind bei Uhrnow und Warens an und setzten sich in Filimow fest. Der Kampf dauert an.

Bei der Heeresgruppe des Generals Radwanowski fanden kleinere Kämpfe. Bei Lemberg ist die Lage unverändert. Im Powiaten wird die Entwicklung der deutschen Truppen fortgesetzt. Die von uns besetzte Linie verläuft von Sużew, südlich von Thorn, über Reynia, Rogozno, Wronki, Puławy, Nowy Tomys, Allenstein, Szmigiel, Kobylin nach Ostrzeszow.

Die Lage in Posen.

Paris, 8. Januar. (P. A. T.) Aus Posen wird nach Amsterdam gemeldet: Eine Versammlung, auf der das ehemalige Reichstagsmitglied Korsanty die polenfeindliche Tätigkeit der preußischen Regierung darlegte, führte eine Entschließung, die verlangt, daß der Oberste polnische Nationalrat die Verwaltung des Landes übernehmen soll, da allein der Rat die notwendige Autorität zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherung des Eigentums und Lebens der Einwohner ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität besitzt.

Ein Telegramm Paderewskis.

Krakau, 8. Januar. (P. A. T.) Das Präsidium der Polnischen Liquidationskommission erhielt von Ignaz Paderewski aus Warschau nachstehende Depesche, die an Dr. Terul gerichtet war: Gütig nach Warschau abreisend, hatte ich keine Möglichkeit, den geehrten Herren meinen Dank für die Verschönerung des herzlichen Empanges, den mir unser geliebtes Krakau geschenkt hat, durch Ihre Mitwirkung. Ich gestalte mir daher in kurzen Worten den geehrten Herren sowie der ganzen hohen Kommission die Versicherung meiner hohen Ehreerziehung und tiefen Dankbarkeit auszudrücken. Paderewski.

Englischer und amerikanischer Besuch für Warschau.

Krakau, 8. Januar. (P. A. T.) Die Liquidationskommission teilt mit: Am vergangenen Sonntag traf in Wien auf der Durchreise nach Warschau eine aus dem ehemaligen englischen Generalkonsul in Warschau, Herrn Timms, als Vorsitzenden, sowie Herrn Tonny als englischem und dem Universitätsprofessor Coolidge als amerikanisches Mitglied bestehende Kommission ein, die außerdem von den amerikanischen Offizieren Foster und Pasztorowski und dem Sekretär der polnischen Gesandtschaft in Bern, Graf Szembel, begleitet wird. Am Montag wurde die Kommission von dem Gesandtschaftsmittel in Wien, Herrn Galecki, empfangen, in dessen Hause die englischen und amerikanischen Herren den

Nachlänge zum blutigen Neubau am Neujahrstage. Unsere Leser werden sich erinnern, daß am Neujahrstage die Bierhallenbesitzerin Gamert und deren Tochter von zwei jungen Leuten überfallen und verwundet wurden. Danach den energischen Ermittelungen der Kriminalpolizei unter der Leitung des Geheimen des Kommissars Nikonorow gelang es jetzt, die Täter festzunehmen. Es sind diese die hiesigen Einwohner und Banditen Franz Krol und Emil Flor. Sie wurden hinter Schloß und Riegel gebracht. Mutter und Tochter Gamert befinden sich noch im Krankenhaus.

Schüsse auf einen Revieraufseher. Vorgestern abend wurden auf den Revieraufseher des 3. Kommissariats Rechte an der Ecke der Sienkiewicze und Gubernatorstraße von Unbekannten zwei Schüsse abgefeuert, die zum Glück fehl gingen.

Verhaftete Spieler. Die Polizei verhaftete den Anton Różański, dessen Bruder Jan und den Bolesław Zafrażewski, die den Victor Balazewski überstießen und beraubt hatten. Die Verhafteten erklärten, daß sie an Balazewski viel Geld verhaftet haben, das sie wiederherzugeben wollten. Der glückliche Gewinner wurde gleichfalls verhaftet.

kleine Nachrichten. Bis jetzt sind an das städtische Telefonnetz 150 Apparate angeschlossen. Im Dezember vorigen Jahres vereinbart wurde das Eichamt für die Prüfung und Abstempelung von Wagen, Motor und Gewicht 1362 Mark. Es wurden gestempelt: 1 Brüderwagen, 22 Dezmawagen, 35 Anhänger, 84 Eishwagen, 1080 Gewichte, 27 Raummaße, 1 Längemaß, 117 Fässer;

Neuer Arzt. Der seit 1915 in Aleksandrow tätige Arzt Dr. Skawinski Neumann nahm am 1. Januar seinen Posten und begibt sich dieser Tage nach Warschau. An seiner Stelle trat Dr. Szwarcz aus Radom.

Konstantynow. Lehrer gesucht. In Konstantynow wird eine zweite evangelische Schule eröffnet werden, für welche ein tüchtiger Lehrer und Leiter gesucht wird. Kandidaten sollen sich bis zum 20. d. M. beim Vorstand, Mühlstr. 5, persönlich melden.

Zivilstands-nachrichten aus der evangelischen Gemeinde. In der Zeit vom 30. November bis 31. Dezember 1918 wurden getauft: 6 Knaben und 4 Mädchen; aufgeboten: 6 Paare; getraut: 1 Paar und zwar: Bruno Kün-

Wend verbrachten. Am 8. Januar begibt sich die Kommission in Begleitung des Legationsrates Dr. Gomplowicz und des Leutnants Pustkoff über Krakau nach Warschau. Diese Kommission ist die erste offizielle Gesandtschaft rein politischen Charakters der Regierung Englands und Amerikas und hat die Anfängen von Beziehungen mit der polnischen Regierung in Warschau zum Zweck. Die Ankunft der Kommission in Krakau wird am Freitag erwartet.

Übergabe deutscher und österreichischer Schiffe.

Paris, 8. Januar. (P. A. T.) Bisher hat die deutsche Marine 120 Unterseeboote ausgeliefert, die in englische Häfen geschleppt wurden. Es verblieben noch 60 U-Boote, von denen einige — dem „Matin“ zufolge — noch in dieser Woche an der englischen Küste erscheinen werden. Dieser Transport besteht aus Einheiten, die aus dem Mittelmeer zurückgekehrt sind.

Paris, 8. Januar. (P. A. T.) Aus Budapest wird nach Amsterdam gemeldet: Drei höhere englische Marineoffiziere trafen in Budapest ein,

um die Donaumonitore zu übernehmen, die nach Belgrad geschickt werden.

Theodore Roosevelt †.

New-York, 8. Januar (P. A. T.) Einer Neutermeldung zufolge, ist der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Theodore Roosevelt am Sonntag früh einem Leid, hervorgerufen durch Rheumatismus, erlegen.

Ausweisungen aus Belgien.

Berlin, 7. Januar. (P. A. T.) Der belgische Justizminister gab bekannt, daß alle Ausländer, die während des Krieges Beziehungen zu den Deutschen unterhielten, ausgewiesen werden.

Ledebour und die Kommunisten.

Moskau, 8. Januar. (P. A. T.) Es ist hier der folgende Funkspruch aus Deutschland eingegangen: Die Verhandlungen Ledebours mit der kommunistischen Partei in seiner Eigenschaft als Vertreter des revolutionären Komitees sehen die unabhängigen Sozialisten als einen Verrat an der eigenen Partei an. Der Übergang des ganzen Komitees zur kommunistischen Partei

wäre gleichbedeutend mit einer vollständigen Vernichtung der Partei der unabhängigen Sozialisten.

Warschauer Börse.

	Warschau, 8. Januar.	8. Januar.
4½% Pfandbriefe		
d. Landbank	202,25	202,50
5% Pfandbr. der		
Ward. Kreis.-Gef.	198,75	198,50, 198
100-Rubel-Scheine	150	146
500-Rubel-Scheine	139,75	138,50—139,50
Dumarubel	110,50	111—112
Kronen	45,55	52,20

Aus dem Geschäftsverkehr. Wie aus einer Anzeige in dieser Ausgabe hervorgeht, haben die Brüder Emil und Paul Harriers in Lódz in der Nawrotstraße 8 eine Kaffee-Niederlage der Firma Józef Arnold, Warschau, eröffnet. Die Schuhfirma E. u. A. Bat'a hat in Lódz in der Petrikauer Straße 74 eine Verkaufsstelle eröffnet. Die Firma ist, wie wir hören, an der Entwicklung der Lederindustrie in Galizien beteiligt, wo sie die Polnischen Lederwerke in Krakau und die Polnischen Schuhfabriken in Galizien unterstützt bzw. wieder in Betrieb setzte. Die Schuhe der Firma zeichnen sich durch Qualität und Güte aus.

Thalia-Theater Direction: B. Wissmann.

Donnerstag, den 9. Januar 1919.

Abends 7 Uhr:

„Blitzblaues Blut“

Operette in 3 Akten von Bernauer und Schaper, Musik von Walter Koslo.

Freitag, den 10. Januar 1919.

Abends 7 Uhr:

„Das Dreimäderlhaus“

Operette in 3 Akten von Wilmer und Reichen.

Musik von Franz Schubert.

Sonnabend, den 11. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr:

5 Einheitspreise: Mf. 3, 2, 1,50, 75 u. 30 Pg.

„Dornröschen“

Weihnachtsmärchen mit Tanz und Gesang in 6 Bildern nach einer alten Zofe von Walter Wassermann.

Billettverkauf täglich. 123

Berantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter: Hans Kriese, Lódz.

Am 6. Januar djs. J. nachts entschlief sanft im Herrn nach kurzem schweren Leiden mein teurer Gatte, unser treuer Vater und Schwiegervater

der Oberförster

Oskar Hawlitschka

im Alter von 56 Jahren. Die Beerdigung des teuren Entschlafenen findet Donnerstag den 9. djs. Mf. um 11 Uhr vorm. auf dem kath. Friedhof in Milejki statt.

Die trauernde Witwe
Marie Hawlitschka und Familie.

250

Dr. H. Schumacher
Haut- und venerische Krankheiten,
Empfängt von 4—7 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen
von 11—1 Uhr mittags
Benedyktenstraße Nr. 1.

Dr. med. Fischer
empfängt
chirurgische, Geschlechts-,
Harnorgane- u. Haut-Krankheiten
10—11 und 5—7 Uhr. Sonn- und
Feiertag 11—1 Uhr.
Petrikauer Straße 200.

Dr. med.
H. Roschaner
zurückgekehrt — Spezialarzt für
Haut- und Geschlechtskrankheiten
Dzielnia-Straße Nr. 9.
Sprechst. v. 8—1 u. von 5—8 Uhr.
Damen von 4—5 Uhr. 213

Dr. S. Kantor
Spezialarzt
für Haut- und venerische Krankheiten.
Petrikauer Straße Nr. 144.
Seit der Evanschen Straße
Behandlung mit Röntgenstrahlen und
Oxaralicht (Haarausfall). Elektrische
Gleichstrombäder. Krankenemb. von
9—2 u. v. 6—8, f. Damen v. 5—6.

Dr. med. B. Mintz
Frauenkrankheiten und Geburtshilfe
innerl. und Kinderkrankheiten
ist zurückgekehrt
Neuer Ring 6
empf. v. 9—11 Uhr u. 4—6 nachm.

Spezialarzt
D. C. Przybalski,
Zawadzka 1 (Scheiblers-Neubau).
Haut- und venerische Krankheiten
und Männerkränze.
Sprechstund. v. 9—12 u. v. 4—8 Uhr.
Damen v. 5—6 Uhr.

Zahnarzt
M. Aronson
empfängt persönlich
Petrikauer Str. 101.

Zurückgekehrt
Karl Kühn
Masleur
Milchstraße 10. Wohnung 5.

Erste Erwachsenen
Privat-Sprachunterricht:
Polnisch, Deutsch, Russisch,
Französisch. Off. erbitte unter
„Privat“ an die Exp. bis. VI.

Gründlicher Unterricht in
Französisch
wird von geborenen Französisch erteilt.
Adresse ist in der Exp. djs. Blattes
zu erfragen.

Deutsche Genossenschaftsbank in Bolen

Aktiengesellschaft

Lódz, Petrikauer Straße 100.

Annahme von Spareinlagen

Zinsfuß bei: täglicher Kündigung 3½ %, 3-monatlicher Kündigung 3¾ %, 6-monatlicher Kündigung 4 %.

Eröffnung von Scheck-Konten

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Aktienkapital 2 000 000 Mark.

Kassenstunden von 9—2 Uhr.

Progymnasium

von Karl Weigelt, Nawrot-Straße 12.

Eintrittsgefeue für alle Klassen bis zur 4. einschließlich werden in der Kanzlei werktäglich von 10—12 Uhr entgegenommen.

Das Lehrprogramm entspricht in allen Punkten dem vollen Gymnasialprogramm.

Vom neuen Schuljahr an sollen die weiteren Klassen eröffnet werden.

Geschäfts-Eröffnung.

Wir bringen der geschätzten Landschaft aus gest. Germanie, daß wir in Lódz, Nawrot-Straße Nr. 8, eine

Kaffee-Niederlage

von der Firma Jean Arnould, Warschau, eröffnet haben. Indem wir fleißig für gute Ware sorgen werden, halten wir uns einem geehrten Publikum bestens empfohlen und zeichnen Hochachtungsvoll.

Gebr. E. u. p. Harriers.

ELEKTROTECHNISCHES BUREAU

P. Szulc i Ska

Andrzeja-Straße 11 Lódz Andrzeja-Straße 11
Annahme sämtlicher elektrotechnischer Arbeiten und Reparaturen.

Das Damenkleider-Atelier PARISIENNE

Widzewskastr. 111, W. 11, im Frontthause, 3. Stock,
empfiehlt sich einer geschickten Kundin. Es werden

Bestellungen aller Art aufgenommen.

Für gute und elegante Ausarbeitung wird garantiert.

Zu kaufen gesucht

nächste Nummern der „Neuen Loder Zeitung“:

1914: 349, 350, 351, 369, 370, 487, 491, 538, 548, 552,

1915: 103 und 358.

1917: 148

1918: 49, 30, Juni, 197, 204, 259, 260, 264, 285, 266, 268,

269, 270, 271, 272, 314.

Angebote an die Geschäftsstelle der „Loder Freie Presse“ erbeten.

Tagung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes in Polen.

Wir werden um Aufnahme nachstehender Beilegen ersucht:

"Beschlusssitzung über das Weiterbestehen des Verbandes" war der wichtigste, recht vielsagende Punkt der Tagesordnung für die außerordentliche Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes vom 3. Januar, — ein Verhandlungsgegenstand, der von vornherein erwarten ließ, daß die Beteiligung der Mitglieder trotz der Ungnade der Jahreszeit und trotz aller Verkehrsschwierigkeiten eine sehr stattliche sein werde. Wie aus unserm ersten kurzen Bericht vom 4. Januar schon ersichtlich war, hat sich diese Erwartung auch erfüllt; über 250 beglänigte Vertreter des deutschen Schulwesens in Polen waren aus allen Teilen Polens zu der Versammlung im Saale des Loder Männergefängnisses erschienen, um zu der Frage, die mit dem Bestand des deutschen Schulwesens in Polen überhaupt aufs engste zusammenhängt, im Augenblick weittragender Entscheidungen Stellung zu nehmen. Wir bringen nun im Folgenden an der Hand der stenographischen Niederschrift einen zusammenfassenden Bericht über den ganzen Gang der bedeutsamen Verhandlungen, die gewiß allen Teilnehmern als ein Markstein in der Geschichte des Deutschtums in Polen dauernd im Gedächtnis bleiben werden.

Gemeinsamer Gefang des Lutherliedes „Ein' feste Burg“ leitete die Tagung ein, worauf Pastor Gerhardt, der als Guest der Versammlung beiwohnte und für auf Bitten des Vorstandes mit Gebet und Ansprache einleitete, den Psalm 121 sprach, als stimmenden Aufford in ernster Stunde: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen Hilfe kommt.“

Da der Vorsitzende des Landesschulverbandes, Fabrikbesitzer Dr. Krusche, beruflich verhindert war, die Versammlung zu führen, übernahm der schultechnische Leiter des Verbandes, Direktor Korodi, im Auftrage des Arbeitsausschusses den Vorsitz; er begrüßte die zahlreich versammelten Vertreter der Schulgemeinden und insbesondere auch den Vertreter der staatlichen Schulbehörde, Dr. Endemann, und richtete die eindringliche Bitte an alle Teilnehmer in der folgenden Erörterung, bei aller Rücksichtslosigkeit der Aussprache, die nicht im geringsten die volle Offenheit zu scheuen brauche, sich der Ruhe und Objektivität zu befleischen, wie es der Würde der Sache angemessen sei. Redner erinnerte daran, daß er — wie bereits in der letzten Hauptversammlung (am 5. Oktober v. J.) berichtet wurde, — noch Ende August v. J. dem damaligen Kultusminister, Herrn Ponikowski, persönlich den grundsätzlichen Standpunkt entwickelt habe, den er, Direktor Korodi, in der Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit einzunehmen gedenke und in dessen Befolgung er sich eins wisse mit dem ganzen Vorstand des Landesschulverbandes: es handele sich ihnen allen um die Pflege des deutschen Volksstums in den ihrer Leitung anvertrauten Schulen

im Dienste des polnischen Staates,

sie wollten mit aller Hingabe das Problem lösen, die Anhänglichkeit an den Staat in vollen Einklang zu bringen mit der Treue zum angezimmten Volksstum. Diese Aussprache fand die ungeteilte Billigung seitens der maßgebenden Persönlichkeiten im Kultusministerium, und bei dieser Gelegenheit versicherte der Landesschulinspektor Złobicki dem Redner, es sei für das deutsche Schulwesen in Polen nichts zu befürchten. Bei anderem Anlaß erklärte ich, fuhr Redner fort, den Vertretern der staatlichen Schulbehörden in Lódź, daß wir diesen Versicherungen aufrichtig Glauben schenken, denn nur wenn wir selbst solches Vertrauen hegen, haben wir ein moralisches Recht darauf, daß auch uns Vertrauen entgegengebracht werde, und weiter, daß wir bei aufstrebenden Schwierigkeiten, — etwa bei der Regelung von Besitzfragen der einzelnen Schulgemeinden — nicht über Strohhalme stolpern wollen: uns liege an einer ehrlichen Verständigung im Interesse eines dauernden guten Verhältnisses mit unseren polnischen Mitbürgern.

Als dann, im November v. J., der große Umschwung in den politischen Verhältnissen eintrat, erachtete es die Leitung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes als ihre Pflicht, mit dem zuständigen polnischen Ministerium ernst in Fühlung zu treten und insbesondere auch um Abstellung verschiedener Niedergriffe örtlicher Instanzen in die Besitzverhältnisse der deutschen Schulen zu bitten. Eine Abordnung, bestehend aus dem Vorsitzenden des Deutsch-ev. Landesschulverbandes, Dr. Krusche, Direktor Korodi und dem pädagogischen Beirat Kuniger, sowie dem Vorsitzenden des Deutsch-kath. Landesschulverbandes Müller, erstattete dem Minister für Volksaufklärung, Herrn Praus, in Warschau mündlich Bericht und erhielt hier die beruhigende Antwort, daß vorläufig alles beim alten bleiben solle, bis die Konstituante als gesetzgebende Körperschaft weitere Verfügungen

treffen werde. In diesem Sinne sollte demnächst eine Birkularverordnung an sämtliche Bezirksschulinspektoren herausgegeben werden. Der Minister machte zugleich wiederholt darauf aufmerksam, daß bei der Gründung von Schulgemeinden seinerseit vielfach „mit Gewalt“ vorgegangen worden sei und daß die gegenwärtigen Unzuträglichkeiten als Reaktion gegen jene Vorgänge in die Erscheinung traten. Dazu ist zu bemerken, daß an einzelnen Orten, wo die Bevölkerung während des Krieges verschleppt war, nur sehr wenig zurückbleibende Einwohner die Gründung von Schulen beschlossen. Die Abordnung gab dem Herrn Minister die Bereitwilligkeit zu erkennen, die Ordnung solcher Streitfragen in der loyalsten Weise zu erledigen. Im übrigen wurde uns auch bei dieser Gelegenheit im Ministerium von berufener Seite versichert, daß das

deutsche Schulwesen hierzulande nicht angestastet werden solle,

solang es einen polnischen Staat gebe.

Mancherlei Erachtungen, vor allem die Besorgnis vieler Lehrer um ihre persönliche materielle Sicherung für die Zukunft, hatten in den Kreisen gerade der Lehrerschaft eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Von solcher Stimmung getragen, erschien am 20. Dezember eine Gruppe von 9 Lehrern, die sich aus eigener Befugnis als „Lehrerkommission“ bezeichnete — ohne irgend ein Mandat — in den Räumen des Landesschulverbandes und verlangte die Übergabe der Geschäfte an sie selbst, in der Meinung, daß die Entfernung der reichsdeutschen Kräfte von der Leitung des Verbandes günstig einwirken werde auf die Stellungnahme der Regierung; sie gaben gleichzeitig ihrem Wunsch Ausdruck, daß die Lehrer an den deutschen Schulen „Staatslehrer“ werden sollten. Die beiden Direktoren des Landesschulverbandes wiesen die Lehrer darauf hin, daß sie allein darüber nicht befinden könnten, da doch möglicherweise nach 2 Tagen 9 andere Lehrer von der Leitung des Verbandes Besitz ergreifen wollten; und übrigens sei der eine Direktor (Korodi) gebürtiger Siebenbürger Sachse und der andere (Flierl) seit einer Reihe von Jahren — noch aus der Zeit vor dem Kriege — in Lódź ansässig. Auf Anraten der beiden Direktoren entsandte dann diese Lehrergruppe eine Dreierabordnung nach Warschau, um sich beim Minister für Volksaufklärung weitere Informationen zu holen. Da sich gewisse äußere Schwierigkeiten ergaben, wurde auch hierin weitestgehendes Entgekommen gezeigt. (Da nämlich die Lehrer wegen der Deckung der Unsteten Sorgen hatten, wurden ihnen die Mittel für ihre Fahrt aus Verbandsmitteln angeboten, was sie dankend annehmen). Zugleich wurde die nach Warschau zu entsendende Abordnung zur Mitteilung an den Minister ermächtigt, daß beide Direktoren, Korodi und Flierl, bereit sind, von ihrem Posten zurückzutreten, wenn der Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen angeschlossenen Schulen verbindlich ist, sehen wir uns genötigt vom Kultusministerium eine Erhöhung der Staatsbeihilfe zu erbitten, die der verfügbaren Steigerung der Lehrergehälter entspricht. Es geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die autonome Stellung des Landesschulverbandes erhalten und die Unterrichtssprache in seinen Schulen deutsch bleibt, wobei dem polnischen Sprachunterricht der gehörende Raum gesichert werden soll.“

„Da die von der Staatsregierung verfügte sehr bedeutende Gehaltserhöhung für die im Staatsdienst tätigen Lehrer — 6000 M. Mindestgehalt, 12 000 M. Höchstgehalt — nach den gesetzlichen Bestimmungen auch für die dem Deutsch-ev. Landesschulverband in Polen angeschlossenen Schulen verbindlich ist, sehen wir uns genötigt vom Kultusministerium eine Erhöhung der Staatsbeihilfe zu erbitten, die der verfügbaren Steigerung der Lehrergehälter entspricht. Es geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die autonome Stellung des Landesschulverbandes erhalten und die Unterrichtssprache in seinen Schulen deutsch bleibt, wobei dem polnischen Sprachunterricht der gehörende Raum gesichert werden soll.“

Lehrer Diesner (Kolo) meint, die endgültige Antwort des Ministers für Volksaufklärung werde nicht so bald erfolgen, da er sich erst mit dem ganzen Kabinett über diese wichtige Frage verständigen müsse. Der Landesschulverband werde schon deshalb sich schwer behaupten können, da er bis dahin nicht imstande sein werde, die Staatsbeihilfe auszuzaubern.

Direktor Flierl teilt mit, daß der Staatsausschuk für das Quartal vom 1. Januar bis 31. März allerdings noch nicht angewiesen sei. Die von einigen Gemeinden noch nicht behobene Staatsbeihilfen für das letzte Quartal, die der schwierigen Postverhältnisse wegen nicht versendet werden konnten, liegen aber zur Auszahlung bereit.

Direktor Korodi: Der Umstand, daß der Staatsausschuk für das laufende Vierteljahr von der Regierung noch nicht ausgezahlt wurde, deutet darauf hin, daß eine Entscheidung über die Zukunft des Landesschulverbandes für allernächste Zeit zu erwarten ist.

Lehrer Schramm (Grabieniec): Der Bericht, der Ihnen von den Lehrern Jech und Stübbe erstattet wurde, ist nicht vollständig. Ich will Ihnen die Worte des Ministers vorlesen: „Die Minderheitsschulen sollen berücksichtigt werden. In unseren Schulen wird die Unterrichtssprache die Haussprache sein, das heißt die deutsche Sprache. Unsere Schulen, die heute als Privatschulen gelten, werden verstaatlicht. Der Lan-

Toleranz üben, nur darf selbstverständlich in den Schulen nichts vorgetragen werden, was sich gegen den polnischen Staat richtet.“

Für diese vorurteilslose und sachgemäße Neuersetzung des Herrn Ministers, fuhr Direktor Korodi fort, müssen wir dem Herrn Minister unsern ehrebetigsten Dank aussprechen. Es gehört ein hoher moralischer Mut dazu, heute, wo das Urteil weiterer Volkskreise durch die aufgepeitschte Leidenschaft so sehr getrieben ist, von so verantwortungsvoller Stelle sich so unbefangen zu äußern. Selbstverständlich ist es nach dem Urteil aller Sachverständigen in der ganzen Welt ein absoluter pädagogischer Unfug, dem Kind schon im zweiten Schuljahr zuzumuten, eine zweite Sprache zu lernen, wo es doch alle Kraft anspannen muß, um sich die elementarsten Kenntnisse in der Muttersprache anzueignen, dem natürlichen Nährboden aller Bildung, aber es gehört ein starker Grad von Manhaftigkeit dazu, vor dem wir uns in aller Hochachtung beugen, von so exponierter Stelle aus in einer so äußerst heiklen Frage in dieser unumwundeten Form der Wahrheit die Ehre zu geben. (Langanhaltender allgemeiner Beifall).

Es wurde sodann einmütig beschlossen, an den Herrn Minister für Volksaufklärung telegraphisch den Dank der Hauptversammlung für seine Stellungnahme auszudrücken. Der den Lesern bereits mitgeteilte Wortlaut des Telegramms sei hier des Zusammenhangs wegen wiederholt; es lautete:

„Indem die außerordentliche Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes Kenntnis erhält von der Zusicherung des Herrn Ministers für Volksaufklärung, daß das deutsche Schulwesen in Polen erhalten und in dieser Hinsicht alles beim alten bleiben solle, bis die gesetzgebende Körperschaft des polnischen Staates weiteres verfügt, sprechen die zur heutigen Tagung des Landesschulverbandes versammelten Vertreter des deutschen Schulwesens in Polen dem Herrn Minister für diesen Ausdruck toleranter Gestaltung ihren tiefsinnigsten Dank aus und hoffen, daß diese von hochgeklärter staatsmännischer Auffassung getragenen Intentionen für alle Zukunft verwirklicht und dadurch die

zuverlässigsten Bürgschaften für ein brüderliches Zusammenleben aller Bürger des polnischen Vaterlandes geschaffen werden.“

Eine längere Aussprache knüpfte sich an die vom Vorsitzenden dem Vertretertag unterbreitete Entschließung, die der Vollständigkeit wegen hier ebenfalls wiederholt sei; sie hatte folgenden Wortlaut:

„Da die von der Staatsregierung verfügte sehr bedeutende Gehaltserhöhung für die im Staatsdienst tätigen Lehrer — 6000 M. Mindestgehalt, 12 000 M. Höchstgehalt — nach den gesetzlichen Bestimmungen auch für die dem Deutsch-ev. Landesschulverband in Polen angeschlossenen Schulen verbindlich ist, sehen wir uns genötigt vom Kultusministerium eine Erhöhung der Staatsbeihilfe zu erbitten, die der verfügbaren Steigerung der Lehrergehälter entspricht. Es geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die autonome Stellung des Landesschulverbandes erhalten und die Unterrichtssprache in seinen Schulen deutsch bleibt, wobei dem polnischen Sprachunterricht der gehörende Raum gesichert werden soll.“

Lehrer Diesner (Kolo) meint, die endgültige Antwort des Ministers für Volksaufklärung werde nicht so bald erfolgen, da er sich erst mit dem ganzen Kabinett über diese wichtige Frage verständigen müsse. Der Landesschulverband werde schon deshalb sich schwer behaupten können, da er bis dahin nicht imstande sein werde, die Staatsbeihilfe auszuzaubern.

Direktor Flierl teilt mit, daß die deutschen Schulgemeinden formell durch Beamte der deutschen Verwaltung gegründet wurden, der das hiesige Schulwesen bis September 1917 unterstellt war. Die deutschen Landwirte hatten jedoch zuvor zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre deutsche Schule durch Verleihung eines Selbstbestimmungsrechts gesichert wünschen wollten; sie hatten selbst den Wunsch, Schulgemeinden zu gründen. Es stand ihnen frei, ihre Schulen dem Landesschulverband anzuschließen oder nicht. Wenn man gewisse Redner höre, so erscheine es, als ob die Landwirte dem Landesschulverband garnicht sympathisch gegenüberstünden. Es, Direktor Flierl, arbeite seit Oktober 1917 für den Verband und habe überall unter Landwirten und Lehrern gefunden, daß man die gegenwärtige Organisation des deutschen Schulwesens als glücklich betrachte. Erst der politische Umstieg habe, vor allem bei einigen Lehrern, eine andere Stimmung erzeugt. Die Landwirte stehen aber auch heute auf dem Standpunkt, daß der Verband bestehen solle.

Direktor Korodi: Der Umstand, daß der Staatsausschuk für das laufende Vierteljahr von der Regierung noch nicht ausgezahlt wurde, deutet darauf hin, daß eine Entscheidung über die Zukunft des Landesschulverbandes für allernächste Zeit zu erwarten ist.

Lehrer Schramm (Grabieniec): Der Bericht, der Ihnen von den Lehrern Jech und Stübbe erstattet wurde, ist nicht vollständig. Ich will Ihnen die Worte des Ministers vorlesen: „Die Minderheitsschulen sollen berücksichtigt werden. In unseren Schulen wird die Unterrichtssprache die Haussprache sein, das heißt die deutsche Sprache. Unsere Schulen, die heute als Privatschulen gelten, werden verstaatlicht. Der Lan-

deschulverband wird in den nächsten Tagen durch ein besonderes Dekret aufgelöst werden. Alle Personen, die — nicht nur in der Schule, sondern im allgemeinen — gegen den polnischen Staat aufgetreten, werden bestraft werden.“

Lehrer Fej (Andrespol) macht auf den Aufsatz der „Lehrerkommission“ (der erwähnten Lehrer) in der „Neuen Loder Zeitung“ aufmerksam.

Direktor Korodi bemerkte hierzu, daß es nicht am Platze war, sich vor der Versammlung in der Öffentlichkeit so gehäuft zu äußern. Wir wollen hier so verhandeln, wie es der Bedeutung der Sache entspricht. Mir ahnt nicht nur, sondern ich weiß über den Gegenstand auch mehr, als ich Ihnen in meiner Stellung hier verraten durfte. Es ist möglich, daß der Fall eintritt, man darf es vielleicht jetzt auch als Gewissheit annehmen, wie ich Ihnen nach dieser Mitteilung verraten darf, daß der Landesschulverband aufgelöst wird; aber lassen wir dem Minister ruhig das tun, was er für gut hält und warten wir mit Ruh und Würde das Ende ab.

Lehrer Rennert (Olechow): Wir sind hier zusammengekommen, um den Entschluß zu fassen, entweder den Landesschulverband bestehen zu lassen oder aufzulösen. Wir sind dem Herrn Minister dankbar für seine Mitteilung, daß die Polen wirklich tolerant sein werden und vertrauen seiner Sache. Es handelt sich hier nicht um das Deutschtum. Wir haben bei den Russen unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet und haben trotzdem das Deutschtum gewahrt, wir haben Wundtengehalten und den Kathismus gelehrt usw. Wir wissen ganz genau, was wir tun haben. Wir zittern auch um unsere Nachkommenschaft. Aus meinen Ausführungen seht Ihr, daß wir keine Sorge darum haben brauchen. Hier ist nur die eine Frage: Soll der Landesschulverband bestehen bleiben oder nicht? Wie ist der Landesschulverband überhaupt entstanden? In meine Gemeinde kamen zwei Herren und sagten: Der Landesschulverband ist gegründet, bitte unterschreiben Sie. Und heute sollen wir warten, bis der Herr Minister den Landesschulverband auflost! Wir sind polnische Bürger und müssen mit ihnen zusammenhalten. Denken Sie, wie weit es kommen würde, wenn Sie beschließen würden, der Landesschulverband sollte bestehen bleiben. Da würde der Minister sagen: Seht ihr, sie ziehen nach Berlin! Unser Wille ist, mit den Polen zu gehen, mit ihnen zu ziegen, zu kämpfen und zu sterben. Der Landesschulverband muß aufgelöst werden. Hierauf erörtert Redner die Gehaltserhöhung der polnischen Lehrer. Wie kann der polnische Staat auch arbeiten, wenn ihm der Nagel in der Ferse sitzt, die ihm die deutschen Okupanten hineingetrieben haben?

Von Redner verweist auf seine frühere Auseinandersetzung über die Organisation des Landesschulverbandes. Wenn der Herr Minister den Wunsch, den wir in Betreff der Erhöhung der Staatsbeihilfe an ihn richten, erfüllt, so ist ja die deutsche Schule und das erhöhte Gehalt der Lehrer gesichert.

Lehrer Kresten (Majdan): Ich glaube, es ist überflüssig, dieses Gesuch an den Herrn Minister zu richten, denn Sie werden uns doch nichts geben. Es wird Gerechtigkeit verlangt. Meine Schulgemeinde ist nicht ordnungsgemäß gegründet worden. Die Herren des Landesschulverbandes sind jedenfalls nicht daran schuld, denn sie haben mit Liebe für unser Deutschtum gearbeitet, und wir machen sie nicht verantwortlich dafür. Es muß eine Untersuchung darüber angestellt werden, wo die Schulen durch Willkür gegründet wurden.

Direktor Flierl: Es trifft zu, daß die deutschen Schulgemeinden formell durch Beamte der deutschen Verwaltung gegründet wurden, der das hiesige Schulwesen bis September 1917 unterstellt war. Die deutschen Landwirte hatten jedoch zuvor zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre deutsche Schule durch Verleihung eines Selbstbestimmungsrechts gesichert wünschen wollten; sie hatten selbst den Wunsch, Schulgemeinden zu gründen. Es stand ihnen frei, ihre Schulen dem Landesschulverband anzuschließen oder nicht. Wenn man gewisse Redner höre, so erscheine es, als ob die Landwirte dem Landesschulverband garnicht sympathisch gegenüberstünden. Es, Direktor Flierl, arbeite seit Oktober 1917 für den Verband und habe überall unter Landwirten und Lehrern gefunden, daß man die gegenwärtige Organisation des deutschen Schulwesens als glücklich betrachte. Erst der politische Umstieg habe, vor allem bei einigen Lehrern, eine andere Stimmung erzeugt. Die Landwirte stehen aber auch heute auf dem Standpunkt, daß der Verband bestehen solle.

Direktor Korodi: Der Umstand, daß der Staatsausschuk für das laufende Vierteljahr von der Regierung noch nicht ausgezahlt wurde, deutet darauf hin, daß eine Entscheidung über die Zukunft des Landesschulverbandes für allernächste Zeit zu erwarten ist.

Lehrer Rennert: Herr Flierl meint, daß wir früher alle zugestimmt haben und jetzt wollen wir los vom Landesschulverband. Das trifft nicht zu. Wir wollen retten und sichern, was wir können und was nötig ist. Wir müssen mit

den Wölfen heulen. Ich sage, jeder Wirt wird uns dankbar sein, wenn wir den Landesschulverband auflösen.

Vor sitzender: Ich möchte die Lehrerschaft gegen sich selbst in Schutz nehmen. Es ist nicht die Rede davon, daß wir mit den Wölfen heulen müssen, denn wir sehen die Polen ja nicht als Wölfe an. Wenn die Meinung, die hier wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, eine wahrhaft ehrliche ist, so betrachten wir unsere polnischen Mitbürger hier als unsere Brüder. Wir behaupten weder, daß sie heulen, noch auch, daß wir mit ihnen müssen. Wir wollen uns klar und vernünftig auseinandersetzen und wollen dem natürlichen Gang der Entwicklung nicht vorgehen, indem wir aus eigenem Antrieb die mit vieler Mühe geschaffene Organisation preisgeben.

Lehrer Nennert meint, daß er das Bild von den Wölfen nur angewendet habe in bezug auf die Übereinstimmung mit den eigenen Ansichten.

Lehrer Will: Herr Flierl hat vorhin gesagt: „Wir freuen uns, daß das polnische Volk, das über 100 Jahre gefangen wurde, frei geworden ist.“ Ja, wir freuen uns und wollen auch treue Staatsbürger sein und alles daran setzen, mit dem polnischen Volk in Frieden zu leben. Wir hoffen von der polnischen Regierung, daß sie unser Volkstum sich frei entfalten lassen wird. Es ist nicht mehr, daß der Landesschulverband zu dem Zweck ins Leben gerufen ist, aus uns Reichsdeutsche zu machen. Wir wollen ja nicht reichsdeutsch werden; dieser Boden ist hier heilig für uns.

Wir wollen Gut und Blut für dieses Land einsetzen,

aber unsere Eigenart wollen wir uns wahren und nicht Furcht haben. Wir wollen unsere Schulen behalten und die Selbstverwaltung für sie, und wenn wir selbst für ein halbes Gehalt unserem Volke dienen. Wir haben unsere Heimat hier und hier wollen wir leben und sterben.

Vor sitzender: Es ist mir von hochstehender Seite noch vor Monaten gesagt worden, es werde im Lande eine Agitation entfaltet, um die deutschsprachigen Bürger Polens zu veranlassen, reichsdeutsch zu werden. Es hätten sich Lehrer in den Dienst dieser Sache gestellt. Ich erwähne darauf sofort, es wäre durchaus falsch, wenn dies geschehe, denn es würde dadurch ein Zwiespalt in die Seelen unserer hiesigen Landsleute getragen, der nur dazu beiträte, ihre Stellung im Staate innerlich zu erschüttern, ihr Gefühl der Bodenständigkeit zu gefährden.

Lehrer Schramm: Wenn auch die Schulen dem polnischen Staat unterstellt werden, so werden die Lehrer, die die polnische Sprache nicht hinreichend beherrschen, ihre Stellen dennoch behalten. Ich habe den Herrn Minister in dieser Angelegenheit gesprochen und er sagte mir, daß diese Kollegen nicht zurückgewiesen werden. Es wird eine Zeit kommen, in der sie sich in der polnischen Sprache vervollkommen sollen. Es werden Kurse für dieselben errichtet werden. Der Landesschulverband kann, wie er heute aussieht, nicht weiter existieren.

Landwirt Glasz (Łęczkowice): Wenn der Verband aufgelöst würde, es trübe unsere Schulen schwer! Wir würden mehr belastet werden und müßten befürchten, daß die deutsche Schule zurückbleibt. Der Verband muß bestehen.

Lehrer Will: Es ist wirklich wahr, daß in der Gegend von Warschau von deutscher Bevölkerung den Landwirten Formulare vorgelegt wurden, worin sie erklären sollten, daß sie deutsche Reichsangehörige werden wollen. Ich habe im Namen des Deutschen Vereins diese Formulare selbst zerrissen und immer wieder betont, daß wir hierher gehören; hier sollen wir arbeiten, leben und sterben.

Vorstandmitglied Eichler (Ksawerow): Ich wollte vom Deutschen Verein aus erläutern, daß sich dieser nie in eine Reichsdeutschwerden-Agitation eingelassen hat und erst recht nicht der Landesschulverband. Beide haben im Gegenteil sich bei jeder Gelegenheit dahin geäußert, daß

wir im Lande bleiben müssen und daß wir uns auch zu den polnischen Mitbürgern in freundlicher Weise stellen müssen. Wer an der Versammlung am 10. Dezember 1918 teilgenommen hat, der weiß, daß wir auf dieser Versammlung den Beschluss gefaßt haben, uns in die neue Staatlichkeit hineinzuleben. Es ist also Lüge und Verleumdung, was nach dieser Richtung Gegenteiliges hier und in dem vom Lehrer Feli zum Lesen empfohlenen Aufsatz der „Neuen Lodzer Zeitung“ behauptet wird. (Beifall.)

Lehrer Breyer (Brzeziny): Ich habe in Russland von der Gründung des Landesschulverbands erfahren. Ich und die Kollegen, mit denen ich dort sprach, haben diesen Vorgang freudig begrüßt. Wenn man aus dem, was man in der Vergangenheit erlebt hat, fähig ist, Lehren zu ziehen — Redner zählt Beispiele auf —, so ist es unverständlich, wie man das Selbst-Bestimmungsrecht über die Schule so einfach preisgeben will.

Landwirt Döberstein (Miodusy): Wir sind für den Verband. Wenn wir unsere Schulen nicht selber verwalten dürfen, so kann es dahin kommen, daß in den Schulen für unsere deutschen Kinder kein Platz ist, weil zuerst die polnischen Kinder angenommen werden.

Schulleiter Nahne (Alexandrow) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Es wird beschlossen, die in der Nednerliste eingetragenen Personen sprechen zu lassen.

Durch immer häufigere Zwischenrufe aus der Gruppe oppositioneller Lehrer war die Versammlung schon seit einiger Zeit unruhig geworden.

Auch bei der Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Aussprache kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Landwirte erhoben sich und riefen den Lehrern der Minderheit zu: „Es sind nicht nur Lehrer da!“ „Auch wir haben zu bestimmen!“ „Wir wollen unsere Schule erhalten!“ Durch weitere Gegenrufe einzelner Lehrer entsteht Tumult. Die Versammlung erhebt sich und wendet sich mit Entfernung gegen die Vertreter der Minderheit der Lehrerschaft.

Vorstandmitglied Neumann (Łódź) ergreift das Wort und beruhigt die Versammlung durch entschiedene Haltung die Besonnenheit.

Lehrer Feli (Andrespol) stellt einen Antrag, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die zu der Tagung des Landesschulverbandes versammelten beschließen Folgendes: Bei voller Wahrung der Autonomie in sprachlicher und kultureller Hinsicht wollen wir, die deutschen Lehrer des Landesschulverbands, alle Rechte der staatlichen Lehrer genießen und alle Pflichten teilen und sehen der Auflösung des Landesschulverbands mit Ruhe und Vertrauen zur Toleranz des polnischen Volkes entgegen.“

Es entsteht eine kurze Geschäftssdebatte.

Vorstandmitglied Pastor Dietrich (Łódź): Wir könnten das Telegramm an den Herrn Minister etwas ändern. Der Herr Minister meinte mit seinen Worten, daß der Landesschulverband bedingungslos geschlossen werden müsse, er gab uns jedoch die Zusicherung, uns unsere deutschen Schulen zu erhalten. Was uns der Herr Minister sagte, ist herlich und schön, und wir müßten ihm dafür ein Dankestelegramm nach dem andern absenden. Darum schließen wir also nicht den Landesschulverband, sondern er ist ja schon geschlossen.

Vor sitzender: Es trifft nicht zu, daß der Landesschulverband schon geschlossen ist, und wir wollen ihn auch nicht von uns abschließen. Im übrigen wollen wir auch den Wert dieser autonomen Organisation nicht unterschätzen, denn sie bedeutet das geistige Band für das deutsche Schulwesen.

Lehrer Steinke (Łubica) beschwert sich über eine Ungerechtigkeit gegen ihn. Es sei ihm von einem pädagogischen Beirat des Verbandes die Alterszulage vorenthalten worden. Auch sei seiner Gemeinde die Staatsbeihilfe verkleinert worden. Ich habe nichts gegen den Verband, aber es muß darauf geachtet werden, daß solche Ungerechtigkeiten nicht vorkommen.

Direktor Flierl meint darauf hin, daß es wohl möglich sei, daß da und dort ein Irrtum vorgekommen ist. Man möge bedenken, daß der Verband aus dem Nichts entstanden sei und sich alles zur Geschäftsführung und zur Überblick notwendige Altenmaterial erst schaffen müsse. Was habe es für Mühe gemacht, Lehrerverzeichnisse u. a. lückenlos anzufertigen, die Personabogen und sonstigen Formulare einzubekommen. Uebrigens sei doch jedem, der glaube, daß ihm Unrecht widerfahren sei, die Möglichkeit gegeben, sich beim Vorstand des Verbandes zu beschweren. Daß manchen leistungsfähigen Gemeinden der Zusatz verkleinert wurde, habe seinen Grund darin, daß ältere Schulgemeinden weitgehend unterstützt werden müssten. Es gibt viele leistungsfähige deutsche Schulgemeinden, die eine geringere Schulsteuer entrichten als die polnischen Wichte derselben Gegend. Da sei es nun billig, daß ein Ausgleich geschaffen werde. Ohne diesen Ausgleich, diese gegenseitige Hilfe, hätte eine erhebliche Anzahl von Schulen überhaupt nicht bestehen können!

Lehrer Mantev (Bogucin): Ich spreche im Auftrag meiner Schulgemeinde, wenn ich sage, die Schulgemeinde wünscht, daß der Verband erhalten bleibt.

Landwirt Schendel (Sarnowo): Wir haben die Befürchtung, daß bei einem Verfall der Staatsbeihilfen oder, wenn die polnischen Gemeinden auch von unseren Werten Steuern einzahlen, die deutschen Schulen nicht bestehen können. Wir sind aber dafür, daß der Landesschulverband am Leben bleibt.

Lehrer Brill (Ełchanowo): Meine Gemeinde ist durchaus nicht dafür, daß der Landesschulverband aufgelöst wird. Heute soll es ein freies Polen geben und es soll ein jeder zu seinem Recht kommen. Man wird uns Deutsche hier auch nicht knechten wollen. Heute darf jeder mit freiem Gewissen auftreten und sagen, was er fühlt und was er wünscht. Wir wollen darum auch sagen, was wir wünschen. Wir wollen unsere deutschen Schulen erhalten, und das können wir nur, wenn wir eine

Selbstverwaltung der Schulen

haben.

Hierauf erfolgte die Abstimmung über die von der Verbandsleitung vorgeschlagene Entscheidung, die mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde. Von etwa 250 Vertretern stimmten nur 28 dagegen. Damit erübrigte sich die Abstimmung über den Beschlusenantrag des Lehrers Feli, der sich übrigens als Kundgebung eines Teiles der Lehrerschaft kennzeichnet und deshalb nicht dem Vertretertag der Schulgemeinden zur Beschlusffassung unterbreitet werden kann. Der Vor-

sitzende dankte der Versammlung für die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Angelegenheit im großen und ganzen behandelt wurde, und sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Schulwesen in Polen unter allen Umständen, was auch die Zukunft bringen möge, für alle Zukunft erhalten bleibe, dem deutschen Volkstum wie dem polnischen Staate zum Heile. Wenn der Landesschulverband wirklich aufgelöst werden sollte, so müsse der Lehrerschaft bangen vor der ungeheuren Last der Verantwortung, die hinsichtlich sie allein tragen müsse für ihre hohen Erziehungs- und Pflichten im Gefühle ihrer großen Verantwortlichkeit in Treue zu erfüllen.

Pastor Gerhardt sprach sodann ein zu Herzen gehendes Schlußwort, worin er zur Einigkeit im Guten ermahnte. Der gemeinsame Gesang „Laß mich Dein sein und bleiben, Du treuer Gott und Herr“, beendete die denkwürdige Tagung.

Zur Frage des deutschen Schulwesens in Polen

erhalten wir folgende Zuschrift:

Am 4. Januar d. J. fand im Lokale des christlichen Lehrervereins, Andrzest, 4, eine Versammlung der Lehrer der deutsch-evangelischen Schulen aus 15 Kreisen Polens statt, auf der folgende Resolution gefaßt wurde:

Wir erachten den uns durch die Okkupanten aufgezwungenen deutsch-evangelischen Landesschulverband als eine wie in politischer, so auch in pädagogischer Beziehung schädliche Institution. In politischer Beziehung insfern er zur Spaltung der in Polen ansässigen deutschen Bevölkerung und der polnischen Gesellschaft führt, zugleich aber zur Bildung eines Elementes strebt, das sich staatliche Funktionen aneignet und der Kontrolle entzieht.

Schädlich in pädagogischer Beziehung, da er zur Herausbildung solcher Bürger führt, die ihrem Reiche entstehen und als ergebne Werkzeuge für fremde Faktore dienen werden.

Gestützt auf eigene Überzeugung, sowie auf zahlreiche Stimmen aus der Mitte der Eltern der Kinder, die wir unterrichten, verlangen wir:

- 1) sofortige Liquidierung des deutsch-evangelischen Landesschulverbands;
- 2) Einverleibung unserer Schulen in das Schulnetz der öffentlichen und allgemeinen Schulen;
- 3) Befreiung der Personen, die den Schulverband ins Leben gerufen haben;

4) Verstaatlichung des deutsch-evangelischen Lehrerseminars in Łódź mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der deutsch-evangelischen Bevölkerung in Polen, wie auch die Anstellung qualifizierten Lehrerpersonals und Befestigung eines entsprechenden Lehrprogramms;

5) wir bitten die staatliche Behörde um eine Intervention in Sachen der Regelung unserer Forderungen bis zum Tage der Auflösung des Schulverbands;

6) während wir weiter auf den Lehrerposten an den deutsch-evangelischen Schulen verbleiben, erachten wir uns nicht mehr als Mitglieder des deutsch-evangelischen Landesschulverbands.

Gleichzeitig wurde folgendes Telegramm an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht abgesandt:

„Die am 4. Januar 1919 aus 15 Kreisen Polens in Łódź versammelte Lehrerschaft der deutsch-evangelischen Schulen des uns aufgezwungenen Landesschulverbands drückt dem Herrn Minister der Volksaufklärung für den in Angelegenheit der Auflösung des Schulverbands und der Einverleibung der deutsch-evangelischen Schulen in Polen eingenommenen Standpunkt ihren tiefsinnigen Dank aus und versichert treue Bürger des polnischen Landes sein und zu solchen auch die ihr anvertrauten Kinder erziehen zu wollen.“

Nachdem wurde folgendes Telegramm an Generalsuperintendenten Herrn Bursch abgesandt:

„Die am 4. Januar 1919 aus 15 Kreisen Polens in Łódź versammelte Lehrerschaft hat eine Resolution angenommen, der zufolge der ihr durch Organe der Okkupation aufgezwungene Landesschulverband aufgelöst und die Schuljugend im evangelischen Geiste unseres Landes erzogen werden wird. Wir begrüßen in Seiner Hochehrwürden dem Herrn Generalsuperintendenten den Vertreter unserer Leutkirche und bitten um Unterstützung unserer Bestrebungen bei den diesbezüglichen Behörden.“

Im Auftrage der Lehrerkommission:
Waldemar Schramm-Gebraitiez.
Paul Feli Andrespol.

Wie uns aus Lehrerkreisen berichtet wurde, hat an dieser Beratung nur ein kleiner Kreis der Landlehrer teilgenommen. Die Stellungnahme der Lehrer in ihrer Gesamtheit, sowie auch der sonstigen Vertreter der Schulgemeinden zu der berührenden Frage geht aus den Verhandlungen des Landesschulverbands hervor, deren Verlauf an anderer Stelle unseres Blattes eingehend dargestellt wird, sowie aus dem bereits am 5. d. J. veröffentlichten Bericht über die allgemeine Tagung der Lehrer des Landesschulverbands.